PB.Z-01-025-3

Kapitel 5: Zusammen leben

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum:	19.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 24 bis 26:
Ausgrenzung und Diskriminierung. Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe und mehr Repräsentanz, zum Beispiel für Menschen ~~aus Ostdeutschland~~mit Migrationsgeschichte, in prekären Lebensverhältnissen oder mit ~~Migrationsgeschichte~~niedrigem Bildungsabschluß. Eine gleichberechtigte Gesellschaft braucht Politik, die Strukturen verändert.

Begründung

Mehr demokratische Beteiligung ist eine urgrüne Forderung. Dass diese von möglichst allen gesellschaftlichen Gruppen gelebt wird, muss unser Ziel sein. Die größten Repräsentations- und Teilhabedefizite haben wir abhängig von sozio-ökonomischem Status und formalem Bildungsabschluss. Dazu gibt es umfangreiche Studien. So weicht die Wahlbeteiligung in manchen Stadtteilen um bis zu 60% voneinander ab. Dieser Aspekt muss deshalb vordringlich in diesen Absatz. Die Aufzählung von Ostdeutschen ist in diesem Kontext eher unglücklich, suggeriert sie doch, dass Menschen in den neuen Bundesländern weniger demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten haben.